

Wossifche Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3609—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postschek-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark. Bei Zustellung durch die Post dazu 6 Pfennig Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: nun-Zeile 5 Pfennig. Familien-Anzeigen: nun-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

15 Pf. [Anwärter] 20 Pf. • Nr 593 • A 300

MITTWOCH, 17. DEZEMBER 1930

MORGEN-AUSGABE • V

Der spanische Revolutionsplan Banken in der Politik

Die geflohenen Flieger erzählen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LISSABON, 16. DEZEMBER

Die beiden Führer der spanischen Flieger-Revolution, Major Franco und General Quijeto del Plano, die nach Portugal entkommen konnten, sind heute auf Veranlassung der portugiesischen Regierung in der spanischen Botschaft in Lissabon, 35 Kilometer von Lissabon entfernt, untergebracht worden. Nach den Erzählungen der beiden Offiziere hat die revolutionäre Bewegung republikanischen Charakter. Die Revolution sollte gestern in den ersten Morgenstunden gleichmäßig an verschiedenen Stellen des Landes beginnen.

Auf Grund dieser Vereinbarungen starteten fünf Flugzeuge vom Flughafen Cuatro Vientos und warfen über Madrid die vorbereiteten Proklamationen ab. Die Flieger hofften, daß das als Signal für den Ausbruch des Generalstreiks angesehen werde und daß auch andere Luftfahrzeuge sich dem Anführer der Bewegung anschließen würden. Diese Hoffnung ging jedoch nicht in Erfüllung, weil die Revolution in Lissabon der allgemeinen Revolution zuvorkam und mit dadurch eine gewisse Verwirrung in die ganze Bewegung gebracht worden war.

Sobald die Regierung Kenntnis von der Aktion auf dem Flughafen Cuatro Vientos erhalten hatte, ließ sie den ganzen Flug mit Truppen umgeben und mit Artillerie beschießen. Darauf flohen die Führer der Bewegung in vier Flugzeugen nach Portugal, wo alle glatt landeten.

PARIS, 16. DEZEMBER

Ueber die Lage in Spanien liegen bisher in der Hauptstadt nur die optimistischen Communiqués der Regierung vor. Einer dieser Darstellungen behauptet, daß die Lage in ganz Spanien heute vollkommen normal sei. Allerdings sei die Lage ernsthaft gefährdet. In einigen Provinzialstädten von minderer Bedeutung seien vereinzelt Versuche zur Erklärung des Generalstreiks unter-

nommen worden. Die Propaganda habe sich aber „von den lächerlichen Versprechungen der Revolutionäre“ nicht verführen lassen, und es sei daher zu hoffen, daß im Laufe des heutigen Tages noch alle diese „bebauerten revolutionär-kommunistischen Unkrautspitzen“ emigriert erlischt werden könnten.“

Ein zweites amtliches Communiqué gibt immerhin zu, daß eine Abteilung Luftschiffbau in Santander verhaftet habe, eine Kolonne zu erklären. Die Angehörigen seien aber abgehängt worden und hätten dabei zwei Tote zu beklagen gehabt. Auch den tatsächlichen Verhaftungen, die auf allen möglichen Umwegen in Paris eintreffen, hat der Generalstreik, der gestern in Bilbao ausgedrungen ist, betrachte auf ganz Nordspanien übergriffen. Die Gewerkschaft von Eibar an der Straße zwischen Bilbao und San Sebastian sei vor einem neuen Luftschiffbau angegriffen worden, doch sei der Überfall vereitelt worden.

In Malaga soll es zu ähnlichen Zwischenfällen gekommen sein. Die Eisenbahnlinie nach Madrid sei zerstört worden, um Transportwege nach der Hauptstadt zu verhindern. Wie aus Cuatro berichtet wird, beschuldigen die spanischen Behörden, die Fremdenlegation zu infiltrieren. Die Grenze zwischen Frankreich und Spanien ist immer noch vollkommen gesperrt, der Eisenbahnverkehr ist unterbrochen.

Der „Temps“ läßt sich aus Madrid direkt berichten, man habe heute den deutschen Einbruch, daß in Spanien eine das ganze Land umfassende revolutionäre Veränderung bestände. Die Militärsprezidenz in Lissabon und der Fliegeraufstand in Cuatro Vientos hätten nach dem Plan der Revolutionäre gleichzeitig ausbrechen sollen.

Sicherfalls ist in Madrid niemand über die Westseite der Flieger erkannt gewesen, da man durch die Ereignisse in Lissabon glücklicherweise vorbereitet war. Die Entscheidung der Situation liegt jetzt bei der Arbeiterkraft und den Gewerkschaften. Komme es wirklich zum Generalstreik, der das ganze Land umfasse, dann dürfte die Lage der Regierung mehr als kritisch werden.

Zuchthausstrafen für die Bombenleger

Hellmann und Wilamowitz-Moellendorf zu 5 Jahren verurteilt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

HAMBURG, 16. DEZEMBER

Am zweiten Bombenlegerprozeß vor dem Schwurgericht in Altona, in dem die Bombenanschläge gegen das Stadthaus in Bad Döbersee und gegen die Finanzamt in Neumünster verhandelt wurden, wurde nach nachschärfster Verhandlung folgendes Urteil gefällt: Die Hauptangeklagten, der Hamburger Chemiker Dr. Hellmann und der Kaufmann von Wilamowitz-Moellendorf werden wegen Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz sowie des verurteilten Verbrechens an § 306 des StGB zu 5 Jahren, und zwar Dr. Hellmann zu fünf Jahren ein Monat Zuchthaus (Strafentwurf der Staatsanwaltschaft sechs Jahre Zuchthaus) und von Wilamowitz-Moellendorf zu fünf Jahren Zuchthaus (Strafentwurf der Staatsanwaltschaft fünf Jahre Zuchthaus). Wegen Angeklagten wurde die erstinstanzliche Untersuchungshaft in Höhe von sechs Monaten drei Wochen angeordnet.

Demnach werden verurteilt der Angeklagte Sattelmeyer sowie zu einem Jahr Gefängnis (Strafentwurf der Staatsanwaltschaft fünf Jahre Zuchthaus), der Kaufmann Gumbrock zu einem Jahr Gefängnis (Strafentwurf fünf Jahre Zuchthaus), der Angeklagte Ammermann an Stelle von zwei Monaten zwei Wochen Gefängnis zu 20 Reichsmark Geldstrafe, der Angeklagte Rädiger an Stelle von einem Monat Gefängnis zu 100 Reichsmark Geldstrafe.

Der Angeklagte Koch und Sambrodt werden zwei Monate Gefängnis (Strafentwurf sechs Wochen) wegen der Untersuchungsshaft angeordnet. Die bei der Tat in Bad Döbersee und in Neumünster angewendeten Sprengstoffe wurde der beim Kaufmann Ritik in Altona beschlagnahmte Sprengstoff werden angeeignet.

In der Begründung des Urteils führte der Vorsitzende u. a. an, daß die Angeklagten fahrlässig gehandelt hätten, indem sie sich nicht vergewisserten, ob Personen in den Gebäuden, gegen

die sie die Anschläge richteten, wohnten. Die Frage, ob sie vorzüglich Gebäude gefährden wollten, mußte bejaht werden. Für die Absicht der Angeklagten spreche auch die Menge des angewendeten Sprengstoffes; in jedem Anschlag hätten sich nicht weniger als fünf Kilogramm Sprengstoff befunden.

Am 17. Juni 1930 gab ein mittelbarer Vorzug die Tat begünstigt. Es könne nicht zweifelhaft sein, daß Dr. Hellmann und von Wilamowitz-Moellendorf zummindest die Gefährdung des Eigentums gemerkt hätten.

Der Angeklagte Sattelmeyer noch habe nicht zum engeren Kreis von Dr. Hellmann gehört; er sei nur hinzugezogen worden, soweit er sich nützlich gemacht habe. Er habe sich infolgedessen vor der Verhütung schuldig gemacht. Das Gericht nehme nicht an, daß eine Verbindung zwischen den Angeklagten bestanden habe, es hätte ihnen auch fern gelegen, fortgesetzt Verbrechen zu begehen. Sie handten von vornherein nur an zwei, jedenfalls an drei Anschläge.

Die Frage, ob eine Verabredung im Sinn des § 6 des Sprengstoffgesetzes zwischen Dr. Hellmann und von Wilamowitz-Moellendorf vorliege, mußte bejaht werden. Das Gericht habe keine Möglichkeit, unter der Kontrolle von fünf Jahren Zuchthaus zu bleiben. Die Angeklagten seien jedoch überzeugungslos, sie hätten ihre wirtschaftliche Existenz ihren Ideen zum Opfer gebracht.

Poincarés Krankheit

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 16. DEZEMBER

Ueber Poincarés Befinden wurde heute abend folgendes Bulletin herausgegeben: Heute abend ist eine leichte Besserung festzustellen. Temperatur 37,4. Puls mit 70 regelmäßig.

In die Spitze der möglichen heutigen Bankenorganisation, des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, ist gestern ein neuer Mann getreten: der Direktor der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft Dr. Georg Solmitten. Sein Vorgänger, der alte Geheimrat Riecher, war in den letzten Jahrgängen der breiteren Öffentlichkeit vielleicht weniger als Bankier bekannt, denn als Reichspräsident des Reichstages. Gewiß war er der bedeutigste Mann, der je auf dem Präsidentenstuhl eines deutschen Parlamentes gesessen hat. Trotz dieser engen personalen Verbindung war unter der Führung Riechers das Bankiergewerbe weit zurückhaltender in allen politischen Fragen als andere Wirtschaftsprüfung. Und nur die völlige politische Ignoranz und Unfähigkeit, die bei äußerstem Beden eigen ist, konnte zu der agitatorischen Behauptung führen, daß die deutsche Politik von den „Bankfürsten“ beherrscht werde. Tatsächlich hatten und haben die Organisationen der Industrie und der Landwirtschaft einen viel aktiveren Einfluß auf den Gang der Politik als grade die Bankiers.

Aur dadurch würde es eine Uebertragung, als gestern auf der Generalversammlung des Bankierverbandes der neue Vorsitzende Dr. Solmitten antwortete, daß auch der Bankierverband unter Umständen sich in Zukunft auf das politische Kampffeld begeben werde. Gewisse Tendenzen dazu bestanden schon bei den letzten Reichstagswahlen, so die Banken Interessenten als bisher am Wahlkampf teilnahmen. Wenn jetzt die Bankorganisation sich offiziell politisch zum Wort meldet, so ist das wohl kaum als Ausdruck der inneren Stärke und eines aufstrebenden Selbstbewußtseins zu werten.

Es ist kein Geheimnis, daß die Banken allmählich auch außer der Wirtschaftspolitik zu leben haben, und es ist daher begreiflich, daß sie jetzt auf dem Wege über die Politik ihrer Interessen härter zur Geltung bringen wollen. Niemand kann ihnen das verwehren, nur eine Warnung muß man den Banken mit auf diesem Weg geben. Es wäre benehmt, wenn sie nun dem Beispiel anderer Wirtschaftszweige folgen würden und behaupten, daß die Politik machen wollten. Den Banken fällt schon nachhermäßig die breite Basis, die zu solch einer Eindeutigkeit die Voraussetzung bildet.

Grade die Banken, die im Wirtschaftswesen eine zentrale Mittlerstellung einnehmen, sollten sich dessen bewußt bleiben, daß es auch in der Politik notwendig ist, nicht nur an sich, sondern auch an andere Interessengruppen zu denken. (Siehe auch zweite Seite)

Der Preislenkungsanschuß tagt

Aussprache über Eisenpreis und Markenartikel

Der Preislenkungsanschuß des Reichskabinetts ist gestern unter dem Vorsitz des Reichsanwalters seit längerer Zeit zum ersten Male wieder zusammengetreten. An der Beratung nahmen teil der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich, der Reichsinnenminister Dr. Brügel, der Reichswohlfahrtsminister Stegerwald, der Reichsenergie- und Reichsbergbauminister Schiele, der Staatsminister des Reichswirtschaftsministeriums Trendelenburg, die Vizepräsidenten der Bundesminister Dr. Schreiber, weiterhin der Reichsbankpräsident Dr. Euther und der Präsident des Deutschen Reichstages Dr. Winter.

Gegenstand der Besprechung bildete neben der Frage einer weiteren Senkung der Lebensmittelpreise vor allem die Preislenkung für Markenartikel, für Eisen und für Wagenmaterial. Man dürfte dabei zu dem Ergebnis gekommen sein, daß neue Preislenkungen, die je auf diesen Gebieten zunächst kein Geschäft für den Industrie einlegen müßten, vor Weichhalten des Auswärtigen mehr auf den Kleinhandel finden können und daß infolgedessen vor Weichhalten keine Maßnahmen mehr getroffen werden, um die Preislenkung weiter anzusetzen.

Eine Besprechung der Gesamtmission wird aber darüber nicht eintriften, sondern man will nur für die Abwicklung der jetzt noch bestehenden Geschäfte einen klaren Zustand schaffen, um dann alsbald nach Weichhalten mit neuen und, wie es scheint, nicht unwirksamen Mitteln durchzugreifen. Beschlüsse sind unter diesen Umständen nicht gefaßt worden.

Das Reichsamt für Wirtschaftspolitik tritt heute vorzeitig zusammen. Auf seiner Tagesordnung stehen neben einer Aussprache über